

Gerstenberger, Wolfgang

Article

EU-Osterweiterung kommt 2004

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gerstenberger, Wolfgang (2002) : EU-Osterweiterung kommt 2004, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 09, Iss. 6, pp. 3-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169655>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EU-Osterweiterung kommt 2004

Die EU-Osterweiterung ist seit langem im Gespräch, wurde aber oft von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht so richtig ernst genommen, weil bezüglich des konkreten Beitrittstermins und der beitretenden Länder noch erhebliche Unsicherheiten bestanden. Unwägbarkeiten gab es sowohl auf der Seite der jetzigen Mitglieder der Gemeinschaft als auch bei den Beitrittskandidaten. In den letzten Wochen konnten aber einige wichtige Veränderungen, zum Teil sogar Durchbrüche erzielt werden. Der Beitritt der mittelosteuropäischen Länder (MOEL) Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien im Jahr 2004 muss deshalb zunehmend als Faktum betrachtet werden.

Im letzten Fortschrittsbericht der EU wurde diesen Beitrittskandidaten der ersten Runde ein gutes Zeugnis hinsichtlich ihrer Beitrittsfähigkeit ausgestellt. Sie erfüllen die politischen Kriterien und werden aller Voraussicht nach auch die wirtschaftlichen Kriterien und die Bedingung der Rechtsangleichung (Übernahme des *acquis communautaire*) einhalten. Vielleicht wichtiger ist sogar, dass einige große Fragezeichen auf der EU-Seite ausgeräumt worden sind. Irland hat im zweiten Anlauf für die EU-Osterweiterung gestimmt. Der Kompromiss zwischen Deutschland und Frankreich bei der Finanzierung der gemeinschaftlichen Agrarpolitik nach 2006, der von Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac gefunden und auf dem EU-Oktober-Gipfel von Brüssel allgemein akzeptiert wurde, hat ein gewichtiges Hindernis aus dem Weg geräumt. Auf dem Berlin-Gipfel von 1999 konnte über die gemeinsame Agrarpolitik nach 2006 noch keine Übereinkunft erzielt werden.

Einige Unsicherheitsmomente bezüglich des Beitritts bleiben erhalten. So sind bei den Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten noch die Kapitel offen, bei denen es um die Finanzen geht. Finanzfragen sind bekanntlich immer sehr schwierig zu lösen. Beitrittskandidaten befürchten auch vorübergehend in die Position eines EU-Nettozahlers zu geraten, was sie

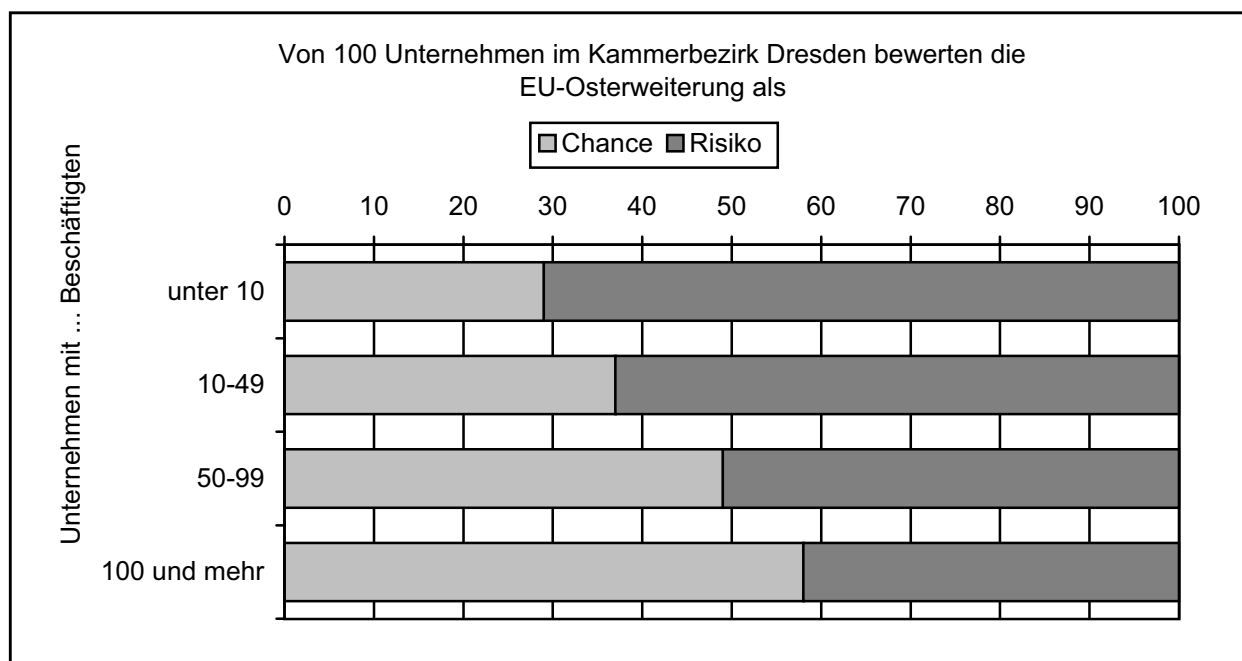
zweifelloos überfordern würde. Die meisten Beitrittskandidaten müssen noch in Volksabstimmungen darüber entscheiden, ob der Beitritt erfolgen soll. Wenn auch nach den Ergebnissen des letzten Eurobarometers mehrheitlich der Beitritt von den Bürgern der MOE-Länder angestrebt wird, so kann es, wenn das Volk spricht, auch hier noch negative Überraschungen geben. Trotz dieser noch verbleibenden Unsicherheitsmomente ist es aller höchste Zeit, dass die mittelständische Wirtschaft sich darauf einstellt, dass die vier EU-Grundfreiheiten (Freizügigkeit im Waren- und Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, Niederlassungsfreiheit, freie Wahl des Arbeits- und Wohnorts) auch in Zentraleuropa nach 2004 – mit Übergangsfristen bei der Freiheit zur EU-Binnenwanderung – gelten werden. Sich vor den damit verbundenen Veränderungen zu fürchten oder den Kopf in Vogel-Strauß-Manier in den Sand zu stecken, beinhaltet das größte Risiko, zu den Verlierern zu zählen. Aktiv zu werden und die neuen Rahmenbedingungen zu nutzen, eröffnet dagegen Chancen zu profitieren. Nur bis 2006 kann auch davon ausgegangen werden, dass notwendige Investitionsvorhaben mit EFRE- und GA-Fördermitteln unterstützt werden.

Über den Stand der Vorbereitung in Sachsen, das zu den Bundesländern mit der längsten Außengrenze zu den Beitrittsländern zählt, liegen leider keine ganz aktuellen Informationen vor. Aus der Umfrage der Industrie- und Handelskammer Dresden vom Sommer 2001 im Kammerbezirk Dresden und in den angrenzenden tschechischen und polnischen Grenzregionen¹ wissen wir, dass die sächsischen Unternehmen der Erweiterung eher skeptisch gegenüber stehen. Mehr Unternehmen sehen die Grenzöffnung als Risiko denn als Chance (vgl. Abb. 1). Die Skepsis nimmt zu, je kleiner die Unternehmen sind. Anders verhält es sich bei den Unternehmen in den benachbarten tschechischen Regionen Liberec, Jablonec und den polnischen Regionen Zgorzelec, Nowogrodziec, Jelenia Góra. Diese sehen den Beitritt als ihre große Chance. Die kleinen Unternehmen mit unter

¹ Industrie- und Handelskammer Dresden (Hrsg.), *Die EU-Osterweiterung aus der Sicht der grenznahen Wirtschaft, Ergebnisse einer Unternehmensbefragung im Sommer 2001, Dresden 2001.*

Abb. 1

EU-Osterweiterung aus Sicht sächsischer Unternehmen



Quelle: Umfrage der Industrie- und Handelskammer Dresden vom Sommer 2001.

zehn Beschäftigten hoffen hierauf noch stärker als der Durchschnitt der Unternehmen.

Dabei ist es durchaus nicht so, dass die Unternehmen im Regierungsbezirk Dresden, genauer gesagt, in der Teilregion Oberlausitz/Niederschlesien nicht auch die positiven Seiten der Erweiterung sähen. Nach einer Umfrage des ifo Instituts Ende 2000 / Anfang 2001 wurde zwar am häufigsten eine Verschärfung des Konkurrenzdrucks befürchtet (vgl. Tab. 1). Es wurde aber auch die Möglichkeit gesehen, die eigene Position über die Aufnahme von Kooperationsbeziehungen mit Unternehmen aus der Region jenseits der Grenze zu verbessern und dass der Zugang zum Markt des Nachbarlandes leichter möglich sein wird. Hoffnung bestand auch hinsichtlich einer Verbesserung des Arbeitskräfteangebotes und der Erhöhung der regionalen Nachfrage. Letzteres hauptsächlich im Baugewerbe und bei den Dienstleistungen, die im Schwerpunkt für den regionalen Markt produzieren.

benachbarten ehemaligen Wojewodschaften Jeleniogorskie/Hirschberg, Legnickie/Liegnitz und Zielonogorskie/Grünberg, im Prinzip die Chancen und Risiken ganz ähnlich bewerteten wie die sächsischen Unternehmen (vgl. Tab. 1). Auch bei diesen rangierte die Angst vor zunehmendem Konkurrenzdruck ganz oben. Auffallend ist jedoch, dass bei den polnischen Unternehmen im Grenzgebiet bei allen Antwortkategorien die Antworthäufigkeit höher liegt als in der sächsischen Grenzregion. Dies deutet darauf hin, dass das Thema EU-Beitritt damals von den polnischen Nachbarn wichtiger genommen wurde. Dies gilt sowohl für Industrieunternehmen als auch für Dienstleistungsunternehmen. Deutlich häufiger ging man insbesondere von einer Erhöhung der regionalen Nachfrage nach dem Beitritt und von günstigeren Bedingungen für Direktinvestitionen aus. In diesen beiden Elementen dürfte ein Schlüssel für die generell positivere Einstellung der Wirtschaft in den Nachbarländern liegen. Möglicherweise verbirgt sich dahinter aber auch einfach nur mehr Zukunftsoptimismus bei den Firmen.

Interessant ist, dass die Unternehmen aus den

Tab. 1

**Bewertung von Risiko und Chance der EU-Osterweiterung
in der sächsisch-polnischen Grenzregion**

Chance bzw. Risiko	Von 100 Firmen erwarteten von der EU-Osterweiterung (Mehrfachnennungen möglich)			
	Sächsische Grenzregion		Polnische Grenzregion	
	Verarbeitendes Gewerbe	Bau/Dienste	Verarbeitendes Gewerbe	Bau/Dienste
Zunehmender Konkurrenzdruck	78,5	88,0	92,4	97,4
Verbesserte Kooperationsmöglichkeiten mit Unternehmen der Nachbarländer	64,4	67,6	79,1	80,9
Verbesserter Zugang zum Markt der Nachbarländer	67,0	58,3	79,1	88,0
Erhöhung der regionalen Nachfrage	36,7	48,3	69,9	79,3
Verbesserung des Arbeitskräfteangebots	54,6	54,5	54,5	75,5
Günstigere Bedingungen für Direktinves- titionen in den Nachbarländern	34,1	45,1	36,3	56,5

Quelle: ifo Institut, Unternehmensbefragung 2001/2002.

Nimmt man die bisherigen Erfolge der sächsischen Industrie in den Nachbarländern² zum Maßstab, so bestünde durchaus Anlass für die sächsischen Unternehmen zu mehr Optimismus. Eine positivere Sichtweise wäre auch deshalb gerechtfertigt, weil Sachsen als Produktionsstandort in Mitteleuropa im Urteil ausländischer Investoren positivere Noten erhält als die Nachbarländer.³ Es ist zu hoffen, dass

die Einstellungen und Erwartungen der kleineren sächsischen Unternehmen aus dem Industrie- und Dienstleistungsbereich besser in Einklang mit der Lage kommen. Mit einer skeptischen Einstellung wird man im Zweifel die Zukunft weniger gut gewinnen als mit einer realistischen.

Wolfgang Gerstenberger

² Im Einzelnen vgl. M. Votteler, „Sächsische Exporte expandieren 2003 wieder kräftig“, in diesem Heft, S. 28–40.

³ Im Einzelnen vgl. H. Schmalholz, „Sachsen im Standortvergleich gut positioniert – Ergebnisse einer Befragung in Sachsen, Polen, Tschechien und Ungarn“, in diesem Heft, S. 41–51.